



Bundestags- brief

Nr.224 • Die Woche im Bundestag • 20.04.2018



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Diskussion der kulturpolitischen Schwerpunkte mit dem Ausschuss für Kultur und Medien

Am vergangenen Mittwoch hat sich der Ausschuss für Kultur und Medien ausführlich Zeit genommen, die kulturpolitischen Schwerpunkte der Bundesregierung in der neuen Legislaturperiode ausführlich zu diskutieren.

Ich habe mich sehr gefreut, dass der Kulturausschuss sich entschlossen hat, einer solchen grundsätzlichen Diskussion den entsprechenden Raum zu geben, denn es ist wichtig, dass wir uns als Abgeordnete nicht nur sachpolitischen Einzelfragen widmen, sondern uns gerade in Zeiten wie diesen auch über grundlegende Werte auszutauschen, die unsere demokratischen Kultur begründen.

Dazu gibt es im Ausschuss für Kultur und Medien glücklicherweise über fast alle Parteigrenzen hinweg einen Konsens, der die demokratische Suche nach Verständigung populistischem Getöse vorzieht.

In der Sitzung des Ausschusses hatte ich auch Gelegenheit, die Schwerpunkte meiner zweiten Amtszeit als Staatsministerin für Kultur und Medien darzulegen.

Wichtig ist vor allem die Auflage eines Programms „Kultur in den Regionen“. Damit wollen wir mehr als bisher vielfältige kulturelle Angebote in strukturschwachen ländlichen Regionen und Stadtteilen unterstützen, zum Beispiel in Form größerer Unterstützung von Kinos und Bibliotheken als Kulturorten.

Wir wollen noch mehr Menschen Zugang zu kulturellen Angeboten bieten. Ich möchte die Angebote der kulturellen Bildung verstärken, beispielsweise Modelle für den freien Eintritt in bundeseigene Kultureinrichtungen erproben.

Eine Kultur der Verständigung braucht die Fähigkeit zum Perspektivenwechsel. Dafür stehen Künstlerinnen und Künstler und Kreative, die unabhängig sind, uns mit ihren Arbeiten zum Nachdenken bringen und herausfordern. Für sie haben wir eine bessere soziale Absicherung vereinbart, und wir wollen ein starkes Urheberrecht zum Schutz des geistigen Eigentums, das die Rechte der Urheberinnen und Urheber im digitalen Umfeld wirksam schützen muss.

All' diese Maßnahmen reagieren auf die zunehmende Heterogenität unserer Gesellschaft, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf eine Bewährungsprobe stellt. Nur eine Gesellschaft, die mit ihren Werten und Wurzeln ihre eigene Identität pflegt, kann dem Anderen, dem Fremden Raum geben, ohne sich dadurch bedroht zu fühlen.

Vielfalt, zweifellos inspirierend und bereichernd, ist auch eine Herausforderung, für manche gar eine Bedrohung. Gerade die Kunst – Film, Literatur, Musik, aber auch die Bildende und Darstellende Kunst – kann hier eine wichtige Mittlerrolle einnehmen. Sie kann Verbindendes sichtbar machen, wo das Trennende die Wahrnehmung beherrscht. Nicht zuletzt mit Blick auf die Folgen von Flucht und Migration kann Deutschland sich glücklich schätzen, auf die Arbeit der Kulturinstitutionen zählen zu können: Sie helfen mit, das große Bedürfnis nach Vergewisserung unserer eigenen kulturellen Identität zu stillen, und sie ermöglichen kulturelle Teilhabe als eine grundlegende Voraussetzung dafür, dass Zuwanderer in der Fremde heimisch werden.

Diese große Verantwortung der Kulturinstitutionen in unserem Land erkennen wir ausdrücklich an, und wir werden sie in der Wahrnehmung dieser wichtigen Aufgabe tatkräftig unterstützen!

Diskussion um die Zukunft der Europäischen Union

In der Fraktionssitzung am vergangenen Dienstag haben wir über wichtige Reformvorhaben der Europäischen Union diskutiert.

Die EU befindet sich in einer entscheidenden Phase, die von internationalen Kräfteverschiebungen und Krisen, der Globalisierung, der Digitalisierung sowie dem bevorstehenden Brexit geprägt ist.

In den nächsten Monaten stehen wichtige Entscheidungen in Europa an. Es geht um die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, Fortschritte bei großen Wirtschaftsthemen wie Digitalisierung und Energie, eine nachhaltige Bewältigung der Migrationsbewegungen, die Frage künftiger Beitritte, eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik und letztlich auch um Europas Rolle in der Welt.

Wir haben unseren Koalitionsvertrag mit der Überschrift „Ein neuer Aufbruch für Europa“ überschrieben. Das bedeutet nicht, dass wir nur in grundlegenden Reformen die Lösung aller Probleme sehen. Reformen müssen wohlüberlegt und in größeren Zusammenhängen gesehen werden.

Um sich darüber eine fundierte Meinung zu bilden, brauchen wir eine gründliche und ausführliche Diskussion in der Fraktion, denn die wesentlichen Entscheidungen müssen von Bundesregierung und Deutschem Bundestag gemeinsam getragen werden.

CDU und CSU sind seit Bestehen der Bundesrepublik die Europaparteien in Deutschland. Mit Konrad Adenauer und Helmut Kohl waren wir es, die die europäische Einigung ganz entscheidend vorgebracht und geprägt haben.

Mit unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel und unseren europäischen Partnern wollen wir die EU in eine gute Zukunft führen. Bewährtes wollen wir erhalten, aber an den richtigen Stellen müssen wir reformieren und Veränderungen vorantreiben.

Wir wollen das einzigartige Friedens- und Erfolgsprojekt Europa weiterentwickeln, um „Frieden nach außen und Sicherheit und Wohlstand nach innen zu schaffen“ – so haben wir es im Koalitionsvertrag festgeschrieben.

Klares Zeichen gegen Chemiewaffeneinsatz in Syrien

Im syrischen Duma sind vor wenigen Tagen durch einen abscheulichen Chemiewaffenangriff zahlreiche Kinder, Frauen und Männer ums Leben gekommen. Dieser Einsatz von Chemiewaffen ist ein besonderes Verbrechen. Alle vorliegenden Erkenntnisse sprechen dafür, dass das syrische Regime dafür verantwortlich ist. Der Militärschlag der USA, Großbritanniens und Frankreichs war gegen die Fähigkeit Assads gerichtet, die völkerrechtswidrigen Chemiewaffen weiter einzusetzen. Er diene dem Schutz der Menschen in Syrien. Es war daher erforderlich und angemessen, dass die drei westlichen ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates entsprechende Einrichtungen in Syrien zerstört haben. Wir unterstützen und begrüßen es, dass unsere amerikanischen, britischen und französischen Verbündeten in dieser Weise Verantwortung übernommen haben. Dieser Einsatz war notwendig, um einer Erosion der Chemiewaffenkonvention entgegenzuwirken.

Klar ist für uns auch: Seit nunmehr sieben Jahren herrscht in Syrien Krieg. Es wird nur mit diplomatischen Mitteln unter Einbindung aller wesentlichen Kräfte gelingen, einen dauerhaften Frieden herzustellen.

Digitaler Wandel führt nicht zu Arbeitsplatzabbau

In einer jüngst veröffentlichten Studie widerlegt das Institut der deutschen Wirtschaft die weit verbreitete These, wonach die fortschreitende Digitalisierung zu einem flächendeckenden Abbau von Arbeitsplätzen führe. Dies lasse sich in Deutschland für die letzten drei Jahre nicht bestätigen. Vielmehr hätten Unternehmen 4.0, also stark digitalisierte Firmen, ihre Belegschaften häufiger vergrößert als weniger digitalisierte Unternehmen.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)